RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Landwirtschaft und Weinbau
Herrn Horst Gies, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/876
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2202
Telefax 06131 16-4438
poststelle@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

19. November 2021

Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 4. November 2021

TOP 4 Auswirkung Düngemittelpreisentwicklung auf die heimische Landwirtschaft
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 18/684

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 4. November 2021 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau am 4. November 2021

TOP 4 Auswirkung Düngemittelpreisentwicklung auf die heimische Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/684 -

Anrede,

die Preise für Mineraldünger befinden sich seit einiger Zeit im Auftrieb und sie haben sich beim Stickstoff gegenüber dem Vorjahr bereits verdreifacht; dies offenbar nicht nur in Deutschland und der EU, sondern z. B. auch in China oder Brasilien. Ursachen sind vor allem steigende Erdgaspreise und stillgelegte Produktionskapazitäten für mineralische Stickstoffdünger. Neben Stickstoff aus der Luft ist Erdgas der wichtigste Rohstoff für die Herstellung dieses Düngers.

Neben steigenden Düngerpreisen ist mit einer starken Verknappung mineralischer Dünger zu rechnen. Wie lange diese Entwicklung anhält, ist ungewiss, jedoch wird ab dem Frühjahr 2022 mit einer Entlastung gerechnet, d. h. mit einem allmählichen Sinken der Erdgaspreise. Allerdings wird dies den Engpass zur Düngung bei Vegetationsbeginn noch nicht aufheben, sondern erst später greifen können.

Die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Produktion ist auch abhängig von den Produkterlösen. Bei knappem Düngerangebot in Verbindung mit niedrigen Ernten ist für 2022 mit höheren Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte zu rechnen. Weniger zu düngen ist mit geringeren Erlösen verbunden. Je nach Düngerpreis und erwartetem Erzeugerpreis ergibt sich zudem ein anderes Düngungsoptimum, das individuell gefunden werden muss. Bei bestimmten Anforderungen an die Produktqualität, wie bei Qualitätsweizen oder bei Blattgemüse, ist eine verminderte Düngung entweder mit deutlichen Produktpreisabsenkungen verbunden oder das Produkt ist überhaupt nicht vermarktungsfähig, z.B. bei Salat mit gelben Blättern.

Einige Betriebe haben ihren nächstjährigen Mineraldüngerbedarf zumindest teilweise bereits gedeckt. Wieder andere warten auf bestellte Ware, die im Moment nur eingeschränkt geliefert werden kann. Ansonsten werden die Landwirte abwarten, ob es bis zum Frühjahr wieder Dünger zu kaufen gibt, weniger mineralischen Stickstoff

düngen und je nach angebauter Kultur organische Dünger verstärkt nachfragen. Diese dürften sich aber ebenso verteuern und verknappen und das Angebot im viehschwachen Rheinland-Pfalz wird vermutlich sehr schnell versiegen.

Kann mangels Angebot überhaupt nicht gedüngt werden, führt dies zu deutlichen Mindererträgen in einer Größenordnung bis um die 50 Prozent bei Kulturen wie Raps oder Weizen, während Zuckerrüben oder Mais weniger stark reagieren. Im Obst- und Weinbau werden die Auswirkungen geringer sein. Bei Kulturen mit bestimmten Qualitätsanforderungen wären die ohnehin verminderten Erträge zudem kaum vermarktungsfähig, wie bei vielen Gemüsearten. Der Anbau von Leguminosen, die keine Stickstoffdüngung benötigen, ist keine Alternative für Getreide oder Gemüse. Allenfalls könnten Luzerne oder Kleegras Silomais in der Rinderfütterung mittelfristig teilweise ersetzen. Leguminosen, auch als Zwischenfrüchte, können aber zur Stickstoffversorgung der Folgekulturen beitragen, wie es auch im Ökologischen Landbau praktiziert wird. Dies gilt auch für die Begrünung von Dauerkulturen wie im Weinbau.

Unterstützung oder Ausstiegsprogramme für landwirtschaftliche Betriebe

Die Stickstoffpreis-Explosion wurde in der letzten Sitzung des EU-Agrarministerrates im Oktober 2021 behandelt. Die Europäische Kommission erläuterte, dass Maßnahmen aus dem verfügbaren Instrumentarium geprüft würden, wie mit der Energiesituation umzugehen sei. Die höheren Kosten sollten von allen Beteiligten der Lebensmittelkette getragen werden. Konkrete Hilfen wurden seitens der Europäischen Kommission allerdings nicht in Aussicht gestellt. Dazu ist anzumerken, dass die großen Herausforderungen der Agrarwirtschaft nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden können.

In Deutschland stehen hilfsweise Sonderkreditprogramme bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank und auch steuerliche Notfallhilfen im Einzelfall zur Verfügung. Auf die Beachtung des europäischen Beihilferechts für den Agrarsektor ist dabei hinzuweisen.

Bei der Diskussion um eine Unterstützung muss auch an die Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft gedacht werden, die mit dem Mineraldüngeraufwand korrelieren. Und hier steht Deutschland ohnehin im Fokus der Kritik der EU-Kommission. Zudem stellt sich die Frage, ob in dieser Situation Unterstützungszahlungen an die Landwirtschaft für hohe Düngemittelpreise politisch vermittelbar wären.

Nach aktuellem Kenntnisstand ist kein spezielles Ausstiegsprogramm des Bundes geplant, und auch angesichts der Regierungsbildung und der Vorbereitung der

Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 schwer vorstellbar. Auch für die Landesregierung kommt dies nicht in Betracht, da ein solches Programm ein fatales Zeichen für Hofnachfolger und Junglandwirte setzen würde und zudem den voranschreitenden Strukturwandel zusätzlich antreiben würde. Dies ist agrarpolitisch nicht gewünscht, zudem wäre die Finanzierung ungeklärt und schließlich wäre es ebenfalls nicht vermittelbar.

Die Landesregierung verfolgt die Entwicklung und wird die Lage bei anhaltender Verschärfung mit dem Berufsstand erörtern und das weitere Vorgehen im Hinblick auf weitere Initiativen prüfen (z. B. Befassung der Agrarministerkonferenz zur Herbeiführung von Gegenmaßnahmen; frühzeitige Auszahlung der AUKM-Prämien in Höhe von 50 Mio. € Anfang Dezember sowie 191 Mio. € Direktzahlungen Mitte Dezember d. J.).

Sollte den Betrieben geraten werden, eine Umstellung auf „Ökolandbau" vorzunehmen, so ist - unter Berücksichtigung der Zuständigkeit des MKUEM - sicherlich davon auszugehen, dass man nicht den Ökolandbau als Ausstiegsprogramm empfehlen möchte. Dennoch ist in der aktuellen Situation, auch in Verbindung mit einem Preisanstieg bei Pflanzenschutzmitteln und erhöhten Auflagen bei deren Einsatz, mit einer zunehmenden Nachfrage bzw. Umstellungsbereitschaft zum Ökolandbau zu rechnen.

Selbstversorgungsgrad und Kulturlandschaft

Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist durch die Versorgungskrise zwar nicht ernsthaft gefährdet, allerdings sind konkrete Auswirkungen aktuell nicht absehbar. Ab der Ernte 2022 ist mit einem Rückgang des Getreide- oder Gemüseangebots zu rechnen und in der Folge mit einer relativen Verteuerung von Nahrungsmitteln.

Die Landwirtschaftliche Beratung wird das Thema aufgreifen und auf Stickstoff-effiziente Arten und Sorten sowie die Möglichkeiten des Anbaus von Leguminosen hinweisen. Die Effizienz der organischen Düngung wird ebenfalls ein Kernthema sein, die verfügbaren Mengen insbesondere an Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft und Gärresten müssen möglichst sinnvoll eingeteilt werden.

Es ist nicht davon auszugehen, dass durch die beschriebene Situation der „Gemüsegarten Vorderpfalz" veröden wird oder die Rapsfelder im Hunsrück und Maifeld nicht mehr blühen, wenngleich es gewisse Umstellungen gerade bei den mit Stickstoff hoch gedüngten Kulturen wie Gemüse, Raps oder Weizen geben wird. Deutliche Änderungen des Erscheinungsbildes der rheinland-pfälzischen, abwechslungsreichen Kulturlandschaft sind aber nicht zu befürchten.